



KURTH: Abschaffung des Solidaritätszuschlages wäre Symbol für Vollendung der Deutschen Einheit

KURTH: Abschaffung des Solidaritätszuschlages wäre Symbol für Vollendung der Deutschen Einheit
Zur aktuellen Debatte über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages erklärt der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für den Aufbau Ost Patrick KURTH: Die Absenkung oder Abschaffung des Solidaritätszuschlages ist angebracht und wäre ein Symbol für die Vollendung der Deutschen Einheit. Der für den Osten wichtige Solidarpakt ist davon nicht betroffen. Der Solidaritätszuschlag und der Solidarpakt haben zwar den gleichen Wortanfang, sind aber ansonsten völlig unabhängig voneinander. Es ist mehr als befremdlich, dass ausgerechnet einige Politiker aus Ostdeutschland, wie etwa die Grüne Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt, diesen Unterschied nicht kennen oder kennen wollen. Damit leisten sie bewusst dem Irrtum Vorschub, dass bei einer Abschaffung des Solidaritätszuschlages auch die Mittel aus dem Solidarpakt sinken würden. Statt mit Polemik Politik zu betreiben, sollte man sich an die Fakten halten. Fakt ist: Die für die neuen Länder vertraglich zugesicherten Finanzen sind für den Osten wichtig, nicht der Soli-Zuschlag. Der Solidarpakt II bleibt bis 2019 bestehen, auch wenn der Solidaritätszuschlag abgeschafft wird. Der Solidaritätszuschlag ist eine Sondersteuer des Bundes, der dadurch deutlich mehr einnimmt, als er für den Aufbau Ost verwendet. Ausgegeben werden die Mehreinnahmen mittlerweile überwiegend in den alten Bundesländern. Besonders in Mittel- und Ostdeutschland würde sich die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags wegen der nach wie vor geringen Einkommen positiv auswirken. Wer davor die Augen verschließt, handelt gegen die Interessen der Menschen in den jungen Bundesländern. Die christlich-liberale Bundesregierung hat mit dem Eckwertebeschluss für den Bundeshaushalt 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Ab 2015 wollen wir mit der Schuldentilgung beginnen. Einsparungen bei Staatsausgaben stehen dann zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen zur Verfügung.
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.